

Liebe Leserinnen und Leser,

im politischen Raum befinden wir uns seit einiger Zeit in einer regelrechten Umbruchsituation, neue Koalitionen mit den unterschiedlichsten Farbspektren sind vorstellbar und werden ausgehandelt. Die Sieger von gestern sind die Verlierer von heute und können morgen ganz im Abseits stehen. In Bayern und Großbritannien mussten sich nach Jahrzehnten erstmals wieder Koalitionen finden, um eine mehrheitsfähige Regierung bilden zu können – das in weiter Ferne erscheinende, ja fast undenkbare, wird Realität.

Eine ähnliche Situation entwickelt sich zusehends auch im jagdpolitischen Umfeld. Die früher fest zementiert wirkende Machtbalance verschiebt sich zunehmend in die Richtung fortschrittwilliger Kräfte, die die Probleme endlich benennen und auch lösen wollen, die sich durch falsche Ziele und überholte Praktiken der herkömmlichen Jagd seit Jahrzehnten verschärfen.

Ein eminent wichtiger Meilenstein dazu ist das **Gutachten „Der Wald-Wild-Konflikt“**, das das Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Deutsche



Forstwirtschaftsrat (DFWR), die Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) und die Hatzfeldt'sche Verwaltung unter Federführung der Lehrstühle für Waldbau/Waldökologie der Universität Göttingen und Waldinventur/Nachhaltige Nutzung der TU München/Weihestephan anfertigen ließen. Die Pressemeldung zur Vorstellung dieses äußerst fundierten und in seinen Aussagen und konkreten Forderungen glasklaren Gutachtens finden Sie brandaktuell in dieser ÖKOJAGD! Aus dem Fazit an dieser Stelle nur so

viel: „Der Wald-Wild-Konflikt hat wegen der damit verbundenen rechtlichen, ökologischen, volks- und betriebswirtschaftlichen Implikationen erhebliche gesellschaftliche Relevanz und sollte deshalb gerade auch auf hoher politischer Ebene behandelt werden.“ Die in Rheinland-Pfalz anstehende, aus Sicht des ÖJV in vielen Punkten begrüßenswerte, Änderung des Landesjagdgesetzes hat zu einer noch nie dagewesenen Solidarisierung und Bündelung reformwilliger Kräfte geführt, wie die gemeinsamen Positionspapiere von Verbänden aus Naturschutz, Grundbesitz, Forst- und insbesondere auch Landwirtschaft beweisen. Der LJV findet sich mit der Ablehnung jeglicher Gesetzesänderung mittlerweile gänzlich isoliert im jagdpolitischen Abseits.

Ebenso ergeht es dem BJV in Bayern, der versucht hat, mit einer völlig überzogenen Hetzkampagne gegen eine, im bayerischen Waldgesetz durch den **Grundsatz „Wald vor Wild“** fest verankerte, waldfreundliche Jagd Stimmung zu machen. Mittlerweile steht eine überwältigende Mehrheit von Verbänden und Organisationen mehr denn je hinter dieser Forderung. Auch Bauernverband und Jagdgenossenschaften stehen nicht mehr „in Treue fest“ hinter „ihren Jägern“, die ihre Hausaufgaben nicht machen. Der

Leidensdruck durch den Verlust von nach Sturm und Borkenkäfer dringend notwendiger Waldverjüngung und die ungebremste Schwarzwildvermehrung ist einfach zu groß geworden. Ursache der Kampagne war letztlich das unverändert katastrophale Ergebnis des letzten Vegetationsgutachtens und die Schlüsse, die der Oberste Rechnungshof daraus zog, die ÖKOJAGD berichtete darüber ausführlich. Besonders die Einführung wirksamer Abschussplan-Kontrollen und Sanktionen bei Nichterfüllung fürchtet der BJV wie der Teufel das Weihwasser und schwadronierte schon von einer „Zerschlagung des bewährten Jagdwesens“. Dies ist bei näherer Betrachtung absurd, es wird am Jagdwesen nichts geändert, außer, dass dem Papiertiger endlich ein Gebiss verpasst würde.

Aber auch im konservativ-reaktionären Lager bröckelt die Phalanx, wie die Abspaltung des BJV vom Dachverband DJV zeigt. Einigkeit scheint nur noch in dem Willen zu bestehen, sich gegen jegliche Veränderung zu wehren. Doch uns sollten weniger die selbstverschuldeten Schwierigkeiten der traditionellen Jagdorganisationen interessieren – ein kundiger ÖJV-Vertreter aus einem der Neuen Bundesländer äußerte dazu treffend „das Problem des Landesjagdverbands ist der Landesjagdverband“.

Gerade diese Ausgabe der ÖKOJAGD ist voll von Anzeichen und Beweisen für eine umfassende **jagdpolitische Aufbruchstimmung** im ganzen Land. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat für die ihr übertragenen Flächen des Nationalen Naturerbes durchaus fortschrittliche Grundsätze zum Wildmanagement verkündet, die auf immerhin 46.000ha umgesetzt werden sollen. Ein interessanter Modellversuch zu einer zukunftsweisenden Schalenwildbejagung in Brandenburg unter Leitung von Professor Michael Müller soll auch im bisher jagdlich ausgesprochen konservativen und von besonders gravierenden Wald-Wild-Schäden betroffenen Thüringen erprobt werden. Die Eigenbewirtschaftung der Jagd durch Jagdgenossen wird vom Forstreferenten des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz als wichtige und ernstzunehmende Alternative zur üblichen Verpachtung dargestellt. Die im Saarland im Koalitionsvertrag vereinbarten Änderungen der jagdlichen Rahmenvorschriften werden angepackt.

Diese Aufbruchsituation ist auch in Zusammenhang mit den großen Leitlinien des Umwelt- und Naturschutzes und einer nachhaltigen Naturnutzung zu sehen. 2010 ist das Internationale Jahr der Biologischen Vielfalt, 2011 wird das Internationale Jahr der Wälder sein und bis dahin soll in Deutschland die Waldstrategie 2020 verabschiedet werden. In allen diesen Aktionsrahmen und Strategien muss der Zusammenhang mit jagdlichen Defiziten und negativen Auswirkungen, aber auch mit Lösungsmöglichkeiten und Chancen einer lebensraumangepassten Jagd hergestellt werden. Wir werden die Chance nutzen, im Schulterschluss mit allen reformwilligen Kräften entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer ökologisch nachhaltigen, gesellschaftlich akzeptablen und ethisch verantwortlichen Jagd voran zu kommen. Frei nach dem Exposee zur Fernseh-Kultserie der 70er Jahre „Raumschiff Orion“: „Was heute noch wie ein Märchen klingt, kann morgen schon Wirklichkeit sein.“

Herzlichst Ihre

Elisabeth Emmert